

Pressemitteilung

BBU: NRW-Landesregierung muss sich klar gegen Fracking positionieren

(Bonn, Düsseldorf, 04.03.2013) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, sich klar gegen Fracking zu positionieren und den Plänen von Bundes-Wirtschaftsminister Rösler und Bundes-Umweltminister Altmaier zur Genehmigung von Fracking eine deutliche Absage zu erteilen. Nach den irritierenden Aussagen von NRW-Ministerpräsidentin Kraft und NRW-Wirtschaftsminister Duin zu den Plänen der Bundesregierung erwartet der BBU ein eindeutiges Bekenntnis der NRW-Landesregierung zur Fortsetzung des faktischen Fracking-Moratoriums in Nordrhein-Westfalen.

Nachdem Rösler und Altmaier in der letzten Woche ihre Pläne für bundesweit einheitliche Genehmigungsanforderungen für Fracking vorgestellt hatten, zeigten nordrhein-westfälische SPD-Politiker deutliche Absetzbewegungen von ihrer bisherigen Politik. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte die Bedeutung der unkonventionellen Erdgasvorkommen. Wirtschaftsminister Duin begrüßte sogar den Vorstoß der Bundesminister, der erfolgte, um bestehende Ländermoratorien auszuhebeln.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: "Offensichtlich sehen Teile der Landesregierung die Chance, Industrieinteressen wieder einmal Vorrang vor dem Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit zu geben. Wir fordern die Landesregierung auf, die Debatte zur Aufweichung bisheriger Positionen zu beenden, eine klare Position gegen Fracking einzunehmen und sich zu einem dauerhaften Bestand des faktischen Fracking-Moratoriums in NRW zu bekennen."

Weiter erklärt Kalusch: „Wenn NRW- Umweltminister Rammel Fracking mit Russischem Roulette vergleicht, ist ihm zuzustimmen. Umso widersprüchlicher ist der Einsatz des NRW-Umweltministers und des NRW-Wirtschaftsministers zur Erforschung von Fracking. Wie beim Russischen Roulette ist beim Fracking klar, dass die Folgen katastrophal sind. Dies muss nicht erst erforscht werden. Nur ein Verbot kann der Bevölkerung die nötige Sicherheit geben.“

Unterstützung des Anti-Fracking-Engagements

Zur Unterstützung seines Anti-Fracking-Engagements und seiner weiteren umweltpolitischen Aktivitäten bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.